

31.03.2012 – PM 20/2012

7. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU

Beschluss: IG BAU stellt Forderungskatalog für gerechtere Rente auf

Frankfurt am Main – Unter dem Motto „Rente muss zum Leben reichen“ hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) eine neue Initiative zur Rentenpolitik gestartet. Mit großer Mehrheit verabschiedeten die rund 250 Delegierten auf dem 7. Außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG BAU einen entsprechenden Entschließungsantrag. „Das Thema Rente ist Schwerpunkt der politischen Arbeit der IG BAU bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiese­hügel auf der Veranstaltung in Frankfurt am Main. „Die Rentenkasse ist so voll, dass genug Geld da wäre, um die Rente mit 67 zu stoppen und gleichzeitig die Erwerbsminderungsrenten aufzubessern“, betonte er. „Für viele endet das Berufsleben unfreiwillig schon heute mit 60 Jahren. Sie schaffen es nicht, bis 65 zu arbeiten, erst recht nicht bis 67.“

Aufgrund der politischen Großwetterlage befürchtet die IG BAU aber, dass die Rente mit 67 auch nach der Bundestagswahl 2013 nicht zurückgenommen wird. Ohne vom Kampf gegen die längere Lebensarbeitszeit abzurücken, entwickelt die IG BAU deshalb Ideen, die den besonderen Bedürfnissen der Beschäftigten am Bau, der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Gebäudereinigung Rechnung tragen. „Wir brauchen Lösungen für die, die es weder bis 67 noch bis 65 schaffen und auch nicht bis 63“, betonte Wiese­hügel.

Die Entschließung enthält ein Bündel von Vorschlägen, wie sich verhindern lässt, dass die Beschäftigten im Alter in die Armutsfalle geraten.

- So fordert die IG BAU eine frühere Rente für körperlich oder psychisch besonders schwer arbeitende Menschen. Sie verweist z.B. auf das Nachbarland Österreich, wo Bauarbeiter bereits mit 60 Jahren in Rente gehen können. Zudem soll die Erwerbsminderungsrente angehoben und gleichzeitig deren Zugangshürden abgesenkt werden.

- Tarifpolitisch schlägt die IG BAU neue Wege für den Schutz vor Altersarmut vor. Dieser Weg hat in der Baubranche Tradition. Die IG BAU hat bereits gemeinsam mit Arbeitgebern die tarifliche Rentenbeihilfe und die Tarifliche Zusatzrente vereinbart. Die neue Idee ist, seitens der Tarifvertragsparteien gemeinsam mit dem Staat eine Regelung für ein Altersübergangsgeld zu schaffen. Dieses sollte das vorzeitige, gesundheitsbedingte Ausscheiden aus dem Job verhindern helfen und zugleich als Brücke bis zum Renteneintritt dienen. „Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, darf nicht Gefahr laufen, kurz vor der Rente in Hartz IV zu stürzen“, sagte Wiesehügel.
- Die Politik muss Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ernst nehmen. Deutschland ist europaweit Spitzenreiter bei Überstunden. Termindruck und Angst um den Arbeitsplatz verleiten dazu, Schutzvorschriften in den Wind zu schreiben. Das Sanktionsrisiko ist gering. Die Einhaltung der Vorschriften wird kaum kontrolliert. Dem Missbrauch wird so Tür und Tor geöffnet. Am Ende führt die steigende Arbeitsbelastung zu Verschleiß. Die IG BAU fordert deshalb, dass die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Beschäftigten bis zur Rente durchhalten können.
- Schließlich tritt die IG BAU für eine grundsätzliche Kehrtwende in der Rentenpolitik ein. „Nach Aktiencrash und Finanzkrise hat auch der Letzte verstanden, dass ein solidarisches Absicherungsmodell der privaten Vorsorge überlegen ist“, sagte Wiesehügel. Die Politik muss dem Rechnung tragen. An die Stelle der unzulänglichen Riester-Verträge muss aus Sicht der IG BAU eine Bürgerversicherung treten. Politiker, Reiche, Beamte und Selbstständige dürfen sich nicht mehr dem Solidarmodell entziehen können. Durch die Bürgerversicherung würden auch wieder ausreichend Finanzierungsspielräume in der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen, die Diskussionen über ausreichende Leistungen oder zu hohe Beitragssätze endgültig überflüssig machen.

(3752 Zeichen)